



NEUDRUCK

**Innenausschuss (81.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (117.) (nur TOP 1)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

7. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:45 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Helmut Röhrig

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251
Stellungnahme 16/3591

in Verbindung mit

**Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben –
Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der
Flüchtlingspauschale vornehmen**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Stellungnahmen 16/3622, 16/3623, 16/3624, 16/3626
– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des
Innenausschusses geschoben.

**2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016
(Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Stellungnahme 16/3595

Vorlage 16/3826

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der
Landesregierung – Drucksache 16/11250 – mit den Stimmen
der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen
der CDU und der PIRATEN bei Stimmenthaltung der FDP zu.

**3 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-
Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DrModG NRW)**

23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Ausschussprotokoll 16/1189

Vorlage 16/3791

**12 Aktueller Sachstand zu massiven Übergriffen auf Frauen in der
Silvesternacht in Köln und anderen NRW-Städten**

24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3831

- 4** **Transparenz über staatliches Handeln im Internet: Nachhaltige Online-Verfügbarkeit für NRW schaffen** **50**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10060
- Vorlage 16/3530
-
- 5** **Die IT-Infrastruktur der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen muss sicher sein – die Gesundheit der Patientinnen und Patienten darf nicht zum Spielball von Kriminellen im Netz werden!** **52**
- Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11216
- Der Ausschuss beteiligt sich nachrichtlich an der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 1. Juni 2016.
-
- 6** **Kriminalitätsbekämpfung intensivieren: Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) ermöglichen!** **53**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11307
-
- 7** **Abi-Krawalle in Köln – Hat die Polizei rechtzeitig eingegriffen?** **54**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3827
-
- 8** **Funkausstattung der Spezialeinsatzkräfte in NRW noch immer nicht auf Digitalfunk umgestellt?** **55**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3834

- 9 Funktionieren Fehlerkultur und Beschwerdemanagement bei der Polizei wie gewünscht? Und wann wird in NRW die EU-Aufnahmerichtlinie beachtet? 56**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3828
- 10 Aktuelle Lage nach den Anschlägen in Brüssel 58**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3829
- 11 Zahl der Einbrüche auf nie dagewesenem Rekordniveau – welche Maßnahmen des Konzepts MOTIV und personellen Verstärkungen der Einbruchsdezernate bei der Kripo hat es tatsächlich gegeben? 62**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3830

* * *

Innenausschuss (81.)

07.04.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik (117.) (nur TOP 1)

rö

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

1 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251
Stellungnahme 16/3591

in Verbindung mit

Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Stellungnahmen 16/3622, 16/3623, 16/3624, 16/3626

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Vorsitzender Daniel Sieveke teilt mit, dieser Tagesordnungspunkt werde gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik beraten. Der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunalpolitik lasse sich entschuldigen. Dieser habe ihn gebeten, die Sitzungsleitung durchgehend zu übernehmen. Die Beratung werde gemeinsam von beiden Ausschüssen durchgeführt. Bei Bedarf werde jedoch eine getrennte Abstimmung erfolgen.

Es sei eine schriftliche Anhörung durchgeführt worden. Die dazu eingegangenen Stellungnahmen lägen vor.

Thomas Stotko (SPD) geht davon aus, dass allgemein ein Interesse an einer zügigen Beratung bestehe, weil es um eine Auszahlung von Mitteln an die Kommunen zum 1. Juni dieses Jahres gehe. Dennoch beantrage er, den Gesetzentwurf bis zur nächsten Sitzung des Innenausschusses zu schieben. Dies wirke sich nicht nachteilig aus, weil eine Verabschiedung durch das Plenum im Mai möglich sei.

Hintergrund für seinen Antrag sei, dass es zum einen eine Veränderung im Hinblick auf das Verteilzentrum gebe. Zum anderen sei es durch die Veränderungen beim BAMF auch zu Veränderungen bei den Registrierungsstellen gekommen. Beide Veränderungen führten dazu, dass nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz Anrechnungen für Flüchtlingszahlen erfolgten. Zahlen zu den Auswirkungen lägen jedoch noch nicht vor. Nach seiner Kenntnis sei von allen Fraktionen gegenüber dem Innenministerium

Innenausschuss (81.)

07.04.2016

Ausschuss für Kommunalpolitik (117.) (nur TOP 1)

rö

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die Bitte geäußert worden, diese Zahlen zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion der SPD würde den Gesetzentwurf zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes nur ungern beraten, wenn diese Zahlen noch nicht allen Fraktionen bekannt seien. Deshalb sollte eine abschließende Beratung des Gesetzentwurfs in der April-Sitzung des Innenausschusses erfolgen.

Theo Kruse (CDU) ist der Meinung, der Antrag sei vernünftig, sodass die Fraktion der CDU ihm zustimmen könne. Dem Antrag werde aber auch deshalb zugestimmt, weil die Hoffnung bestehe, dass der deutlich und klar geäußerten Kritik der kommunalen Spitzenverbände entsprochen werden könne. Der vorliegende Antrag der Fraktion der CDU als Alternative zum Gesetzentwurf greife die Kritik der kommunalen Spitzenverbände auf und verdeutliche diese.

Frank Herrmann (PIRATEN) begrüßt außerordentlich die Möglichkeit, noch Änderungen am Gesetzentwurf vorzunehmen, wobei sich nicht nur auf die Anpassung der Flüchtlingszahlen beschränkt werden sollte. Für einen fraktionsübergreifenden Austausch stehe seine Fraktion gerne zur Verfügung.

Dr. Joachim Stamp (FDP) sieht durch eine Verschiebung der abschließenden Beratung die Chance, zu substantziellen Verbesserungen zu kommen. Er lade natürlich dazu ein, auch den Vorschlag der Fraktion der FDP noch einmal ernsthaft zu prüfen, zumal dieser im Gegensatz zum Vorschlag der Fraktion der CDU deutlich unbürokratischer sei.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP hätte heute ohnehin nicht abgestimmt werden können, sondern über diesen hätte das Plenum abstimmen müssen. Bei der Schiebung des Gesetzentwurfs gehe er davon aus, dass dies ebenso für diesen Entschließungsantrag, aber auch für den Antrag der Fraktion der CDU gelte.

Der Innenausschuss könne über den Verfahrensablauf natürlich nicht für den Ausschuss für Kommunalpolitik entscheiden. Deshalb müsse der Ausschuss für Kommunalpolitik in seiner morgigen Sitzung entscheiden, ob er sich der Vorgehensweise des Innenausschusses anschließen könne, wobei das Problem bestehe, dass die darauf folgende Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik erst nach dem Mai-Plenum stattfinden werde. Bei der nächsten Sitzung des Innenausschusses könne aber sicherlich ebenso verfahren werden, wie dies heute geschehen sei, indem dieser Tagesordnungspunkt dann gemeinsam von beiden Ausschüssen beraten werde.

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Innenausschusses geschoben.